

25. Plenarsitzung am 13. September 2018

Drs. 18/1527: Strukturen der Imam-Qualifizierung an der Uni Osnabrück nachhaltig verankern

Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gut an dem Antrag zur Imam-Weiterbildung ist die Wertschätzung in den Vorbemerkungen und in der Begründung zur Arbeit an der Universität Osnabrück. Darüber freue ich mich natürlich als Abgeordneter aus dieser Hochschulstadt.

Ansonsten gibt der Text auch Anlass zur Kritik. So klar, wie es in der Einleitung zu diesem Antrag erscheint, waren nach dem Regierungswechsel 2013 die Weiterfinanzierung des Vorzeigeprojektes und die Etatisierung der Landesmittel für das Institut für Islamische Theologie nicht. Dazu habe ich damals einige Gespräche geführt, um die Fortführung dieser von der CDU/FDP-Landesregierung auf den Weg gebrachten Projekte zu erreichen.

In den sich anschließenden fünf Jahren hat es hier keine Weiterentwicklung gegeben, während jetzt unser Minister Björn Thümler sehr aktiv ist. Sie haben ja eben schon darauf hingewiesen. Deshalb sollten Sie doch froh sein, dass das so ist.

Der Schwerpunkt dieses Antrags ist die Imam- Weiterbildung. Aber genau dies ist nicht das Anliegen der Universität Osnabrück. Man möchte den dortigen Theologen eine Perspektive geben, hier in Deutschland als Imam wirken zu können. Es ist nicht sinnvoll, Imame aus dem Ausland zu holen und dann hier weiterzubilden. Das ist der falsche Weg für eine Extremismusprävention.

Unser Ziel muss es sein, dass in Deutschland ausgebildete Imame hier auch wirken können.

Unter Nr. 3 sagen Sie, man soll dieses Weiterbildungsprogramm bewerben. Ich gehe davon aus, dass auch Moslems dieses Angebot kennen, es auch nutzen wollen und dass deshalb eine solche Information nicht notwendig ist. Übrigens kann die Universität Osnabrück bei Bedarf jederzeit dieses Programm weiterführen. Aber im Moment ist eben der Bedarf zurückgegangen. Deshalb macht es auch keinen Sinn, es weiter anzubieten.

Interessant ist eben genau dieser Punkt 2 Ihres Antrages. Genau dazu komme ich jetzt. Er deckt sich mit der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD. Deshalb arbeiten Landesregierung und Abgeordnete schon intensiv an einer Lösung. Dafür benötigen wir keinen Antrag der Grünen.

Allerdings ist es nicht Aufgabe der Universität - das ist immer ein großes Missverständnis -, Imame auszubilden. Das ist auch bei den Religionsgemeinschaften der Christen nicht so. Dort haben wir bei den Katholiken Priester- und bei den Protestanten Predigerseminare. Solch eine Struktur müssen wir auch für die Moslems schaffen.

Hier stellt sich zunächst die Frage der Finanzierung, und zwar sowohl der Seminare als auch der Imame.

Wir als Christen finanzieren das mit den Kirchensteuermitteln. Auch die Moslems werden Beiträge entrichten müssen. Es wird immer wieder gesagt, dass die Moscheegemeinden nicht das Geld haben, um Imame zu finanzieren. Da brauchen wir kreative Lösungen. Der Wissenschaftsminister hat

vorgeschlagen, jeweils zur Hälfte in der Moschee und in der Schule zu arbeiten. Ich finde, das ist ein interessanter Vorschlag, der weiterverfolgt werden sollte.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Moscheegemeinden diese Imame anerkennen müssen, dass sie sie akzeptieren müssen. Deshalb ist es wichtig, dass auch die Träger der Imam- Seminare von den Moscheegemeinden anerkannt werden. Es gehört zum Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften in Deutschland, dass sie entscheiden, wer den Glauben verkündet. Die Christen wollen nicht, dass dies der Staat bestimmt. Das muss auch für die Moslems gelten.

Jungen Menschen, die islamische Theologie studieren, kann somit nur eine echte Berufsperspektive als Imam geboten werden, wenn die Fragen der Finanzierung und der Trägerschaft der Seminare zufriedenstellend gelöst sind.

Die Möglichkeit, in Deutschland islamische Theologie zu studieren, zeigt deutlich, dass hier Religionsfreiheit herrscht. Aber das Land Niedersachsen stellt für dieses Institut auch die Mittel zur Verfügung, um einer Radikalisierung in den Moscheegemeinden vorzubeugen. Erfolgreich wird dieser Weg nur sein, wenn die Absolventen der Universität als Lehrerinnen und Lehrer, als Seelsorger und Imame in unserer Gesellschaft wirken können. Hierzu werden und müssen weiterhin Gespräche mit Verbänden und Einzelpersonen geführt werden. Dabei können die Universität Osnabrück und das Land ihr Wissen über die entsprechenden Strukturen im kirchlichen Bereich und ihre Erfahrungen im Imam-Weiterbildungsprogramm einbringen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass eine gute Imam-Ausbildung in Deutschland zu einem friedlichen Zusammenleben in unserer Gesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten kann.